Bremen/Niedersachsen

Für die Gründung einer Bundesnetzgesellschaft

[05.07.2013] Um den Anschluss der Offshore-Windparks an das Stromnetz und den Netzausbau zu beschleunigen, befürworten die Länder Bremen und Niedersachsen die Gründung einer Bundesnetzgesellschaft.

Die Länder Bremen und Niedersachsen setzen sich mit einem Entschließungsantrag an den Bundesrat für die Gründung einer Bundesnetzgesellschaft ein. Wie Joachim Lohse, Bremens Senator für Umwelt, Bau und Verkehr mitteilt, sollen der Bund und die Übertragungsnetzbetreiber mit dieser Gesellschaft den Netzausbau und die Netzanbindung von Offshore-Windkraftanlagen sicherstellen. „Für die Energiewende muss das Stromnetz ausgebaut werden“, erklärt Lohse. „Die Offshore-Windenergie braucht die Anbindung an die Netze. Beides verläuft bislang nur sehr schleppend, da muss sich dringend etwas ändern.“ Wichtig ist den Befürwortern, dass der Bund mit mehr als 25 Prozent an der Bundesnetzgesellschaft beteiligt sein sollte, um dem öffentlichen Interesse am zügigen und kosteneffizienten Netzausbau Rechnung zu tragen, heißt es in der Pressemitteilung. Auch seien hinreichende Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger, Kommunen und Länder vorzusehen.
Die Offshore-Windenergie liefere kontinuierlich und zuverlässig Strom und trage damit erheblich zur Versorgungssicherheit bei. Um den so gewonnenen Strom in die Verbrauchszentren im Westen und Süden Deutschlands transportieren zu können, sind der Ausbau der Netzanbindung von See an Land und die Schaffung weiterer Übertragungskapazitäten notwendig. Der Ausbau der benötigten Hochspannungsleitungen verzögere sich allerdings unter anderem vor dem Hintergrund des hohen Investitionsbedarfs und den teilweise unzureichenden Eigenkapitalausstattungen von Übertragungsnetzbetreibern. Dem solle mit Gründung einer Netzgesellschaft mit Beteiligung des Bundes begegnet werden. Die Investition würde durch die Netznutzungsentgelte refinanziert.

(ve)

Stichwörter: Politik, Bremen, Joachim Lohse, Netzausbau, Niedersachsen, Windenergie